

infobrief 31/03

Mittwoch, 12. November 2003

Stichwörter

Schufa, Schufa-Studie, Schuldenkompass 2003, Verschuldung, Überschuldung, Empirische Indikatoren, Stellungnahme

Anlage:

Prof. Dr. Udo Reifner

Entwarnung bei privater Überschuldung?

**Stellungnahme zur SCHUFA-Studie „Schuldenkompass 2003“
Empirische Indikatoren der privaten Ver - und Überschuldung
in Deutschland**

Entwarnung bei privater Überschuldung?

Stellungnahme zur SCHUFA-Studie

„Schuldenkompass 2003“

Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland

Prof. Dr. Udo Reifner

Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (iff)
Hamburg



Zusammenfassung

Die Schutzgemeinschaft für Allgemeine Kreditsicherheit (SCHUFA) hat am 4.11.2003 einen „Schuldenkompass 2003“ vorgelegt, der teilweise auf der Auswertung der persönlichen Schuldnerdaten der SCHUFA zu Zahlungsstörungen, teilweise auf zusätzlichen Befragungen beruht. Sie interpretiert ihre Daten öffentlichkeitswirksam in der Weise, dass das soziale Problem der Überschuldung heruntergespielt, die Eigenverantwortlichkeit der Überschuldeten als Lösung suggeriert wird und die Verantwortung der Gläubiger in der Kreditvergabe ausgespart bleibt. Sie vermutet eine „Schuldenneigung“ als Charaktereigenschaft und stellt Sparquote und Vermögenszuwachs kompensatorisch der Überschuldung gegenüber. Sie relativiert die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Überschuldung.

Die von der SCHUFA gezogenen Folgerungen, die die bei ihr gemeldeten Zahlungsschwierigkeiten betreffen, sind keine Überschuldungsindikatoren. Sie stammen nach den eigenen Angaben ganz überwiegend aus kleinen kurzfristig zurückgeführten Forderungen bzw. zu 40% aus der Telekommunikationsbranche. Zwar handelt es sich auch bei Zahlungsschwierigkeiten vor allem Jugendlicher um wichtige Probleme, die mit finanzieller Allgemeinbildung behoben werden könnten. Daraus Überschuldung abzuleiten ist jedoch grob fehlerhaft. Die voreilig gezogenen Folgerungen lassen den Stand der wissenschaftlichen Forschung nicht einmal ansatzweise erkennen lässt. Sie ähneln eher einer an bestehenden Vorurteilen orientierten wirtschaftspolitische Auswertung der Daten.

Das iff hält es für problematisch, sogenannte Landkarten der „Zahlungsmuffel“ (so der Titel im Focus, Heft 45, S.201) zu zeichnen und damit Redlining zu provozieren, junge Erwachsene ohne ausreichende Datenbasis zur Problemgruppe Nr.1 zu erklären, eine Stagnation der Überschuldungsprobleme zu suggerieren und über die Probleme, die in der Zuverlässigkeit der eigenen Daten selber enthalten sind, hinwegzusehen. Leider haben auch Teile der Presse ihr Interesse an Sensation über ihre Funktion zur kritischen Berichterstattung gestellt.

Das iff verlangt auch im Interesse einer nach dem Datenschutzgesetz zweckgerichteten Erlaubnis zur Nutzung privater Daten, dass die SCHUFA die Wissenschaftlichkeit und Objektivität sicherstellt, marktschreierische Ergebnisse vermeidet und vor allem den Anschluss an die internationale Überschuldungsforschung sucht und ihre Daten hierfür bereitstellt.

Die Presse: Muss die Überschuldungsforschung umgeschrieben werden?

Die Überschuldung privater Haushalte in Deutschland hat wohl in den letzten 15 Jahren kaum jemals eine solche öffentliche Aufmerksamkeit erhalten wie durch die Vorlage des Schuldenkompass der Schutzgemeinschaft für Allgemeine Kreditsicherheit (SCHUFA).

Hat sich der Ansatz gelohnt? Ja, wenn nunmehr auch die Öffentlichkeit in Deutschland Interesse an dem Thema entwickelt und Mittel in die Ver- und Überschuldungsforschung fließen. Nein, wenn man die bisherigen Ergebnisse anschaut, die im Wesentlichen alte Vorurteile mit teilweise indiskutabler Methodik bestätigen und an das bisher erreichte Niveau nicht herankommen.

„Licht ins Dunkel“

Die Zeitschrift Focus hat in ihrem Heft 45/2003 (S.199-212) vorab informiert exklusiv die Studie ausgewertet. Mit großem Anspruch werden dort die eher dürftigen Ergebnisse der Studie unkritisch als neue Wahrheiten dargestellt. Empirische Untersuchungen und Forschungen der letzten 30 Jahre werden ignoriert; stattdessen behauptet Focus, dass der Schuldenkompass „die erste wirklich umfassende empirische Studie zur privaten Ver- und Überschuldung“ sei. Dank der SCHUFA, so Focus, tritt „Licht ins Dunkel der deutschen Schuldenlandschaft.“ Das Problem der Überschuldung wird an Prominenten wie Klausjürgen Wussow und Wolfgang Lippert illustriert. Kreditumschuldungen, die in bestimmten Formen als wesentliche Gründe der Überschuldung analysiert wurden, werden sogar als Überschuldungspräventionsmittel der Banken gelobt.

„Atlas der Zahlungsmuffel“ und „Atlas der Zahlungsmoral“

Mit einem „Atlas der Zahlungsmuffel und der Zahlungsmoral“ werden auf der Grundlage der von der SCHUFA erstellten Landkarten – in unseliger Erinnerung an das vom amerikanischen Kongress mit dem HMDA Gesetz geächtete System des Redlining (Gebiete werden rot umrandet, in denen Banker keine Kredite mehr geben sollen) – Gebiete wie z.B. die Region Fürth in Bayern dargestellt, die eine problematische Zahlungsmoral hätten und damit potenzielle Gläubiger gewarnt. Der Oberbürgermeister der Stadt hat keine Zweifel an der Richtigkeit. Er wird mit der Entschuldigung zitiert, dass es ja bei ihm auch besonders viel Arbeitslosigkeit gäbe - was im Verhältnis zu anderen Regionen nicht einmal stimmt.

„Schuldnerkarriere“

Im krassen Gegensatz zur bisherigen Forschung behauptet die SCHUFA laut Focus: „Die Hälfte aller Zahlungsschwierigkeiten treten bereits in den ersten zwei Jahren der Kreditlaufzeit auf.“ Auch die – seit der Studie von David Caplovitz (Consumers in Trouble – A Study of Debtors in Default, New York: The Free Press 1974) in den USA allerdings immer wieder bestätigte – These, dass die Überschuldung vor allem ein Phänomen der Kreditabwicklung ist, weil das für die Rückzahlung erwartete verfügbare Einkommen durch Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Krankheit so nicht eintritt und die Kredite hierzu keine Lösungen anbieten, soll falsch sein. „Arbeitslosigkeit und Verschuldung hängen – überraschenderweise – nicht zwangsläufig zusammen“ heißt es dort. Fälschlich wird hier bereits statt Überschuldung die Verschuldung genannt. Dass Bauherren eher „schuldengeneigt“ sind als Mieter, ohne deshalb arbeitslos sein zu müssen, hatte bisher noch niemand behauptet. In Fürth scheint es doch anders zu sein: Das Zitat des Oberbürgermeisters muss noch einmal herhalten.

Die SCHUFA hat nicht nur eigene Daten benutzt, sondern auch neue geschaffen. Focus titelt: „Tiefer hat noch niemand in die Schuldnerseele Deutschlands geblickt.“ Wie häufig, mit welchen Fragen und Hypothesen dieser Blick in die Seele erfolgte, erfährt der Leser nur an einem einzigen Beispiel. Der wissenschaftliche Leiter der Studie, ein Diplompsychologe, hatte sich eine eigene Geschichte ausgedacht: „Ein junges Paar erwartet ein Kind, der Mann nimmt einen Kredit auf, um eine schicke Wohnungseinrichtung zu finanzieren. Ist das angemessen oder nicht?“ Wer zustimmt, ist „schuldengeneigt“. Nur weil die Wohnungseinrichtung „schick“ ist und eine unschicke auch genügt hätte? Das Babybett und die notwendige Ausstattung des Kinderzimmers kann der Wissenschaftler kaum gemeint haben, da man diese Anschaffung nicht ohne weiteres durch Aufschieben der Geburt für den Sparvorgang vom Kredit befreien kann. Auch das Doppelverdiener-Paar, das den Kredit nur zur Streckung aufnimmt, gehört kaum dazu. Im Übrigen ist Verschuldung nicht gleich Überschuldung.

Junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren werden im Unterschied zu allen bisherigen Erkenntnissen der Forschung als Hauptproblemgruppe dargestellt: „20- bis 29-Jährige haben mehr Probleme mit dem Zurückzahlen ihrer Darlehen als andere Altersgruppen.“ Gezählt wurden allerdings nicht die Darlehen, sondern die SCHUFA-Einträge, die ja bekanntlich alle Schulden umfassen, d.h. auch bestrittene Gebühreneinzüge der Telekommunikationsgesellschaften, die z.B. aus unfreiwilligen 0190-Einwählern stammen, oder aber den bloßen Rückstand eines Kunden mit 5 Euro beim Versandhandelshaus, weil er sich mit dem um die Rechnungshöhe streitet.

Neben dieser Einordnung der Jungen Erwachsenen gibt es im Focus dann auch die für Personen mit SCHUFA-Eintrag wenig schmeichelhaften Ratschläge: „So schützen Sie sich vor Zahlungsmuffeln.“

„Eine Frage des Wissens“

Die SCHUFA verspricht auch die Lösung für das Problem des Finanz-Pisa. Mit zehn Fragen, u.a. der Frage, was eine „Rendite“ sei (Anmerkung: Was soll dies bei Krediten bewirken?), wird das „Zahlungswissen“ der Deutschen (im Unterschied zum vorherigen SCHUFA-Symposium) als überdurchschnittlich gut eingeschätzt. Nur Frauen wissen hier weniger als Männer. Schade, denn die SCHUFA meint laut Focus, dass wer ihre zehn Fragen beantworten kann, „am wenigsten gefährdet ist, sein Konto dauerhaft zu überziehen.“

Konsequenzen sollen laut SCHUFA auch gezogen werden: „Mehr Aufklärung, am besten schon in der Schule, sei dringend notwendig.“ Mit dieser Lösung lenken die Kreditgeber bereits seit den 70er Jahren von Anstrengungen zur Schuldenprävention bei Kreditvergabe, Zinsbegrenzungen, Verzugsregelungen und Verbraucherinsolvenz ab. Die entscheidende Frage, „was“ die Kinder lernen sollen, - „Rendite?“ – wird dabei nicht einmal gestreift. Dabei wird gerade diese Frage in der internationalen Financial Literacy-Diskussion seit langem kontrovers diskutiert.

Entwarnung bei der Überschuldung

Auch laut Handelsblatt (4.11.2003, S.10) gibt die SCHUFA-Studie Entwarnung bei der Überschuldung. Der Beschluss des EU-Ministerrates vom Dezember 2001, der die Überschuldungsprävention zu einem zentralen Problem der EU-Politiken ernannte, und dem die EU-Kommission für Gesundheit & Verbraucherschutz mit ihrem aktuellen Entwurf einer neuen Verbraucherkreditrichtlinie gefolgt ist, scheint dagegen offenbar irregeleitet. „Trotz Wirtschaftsflaute und Arbeitslosigkeit hat sich die Zahlungsmoral der Deutschen in den vergangenen drei Jahren nicht auffällig verschlechtert.“ – so die SCHUFA-Studie.

Obwohl hier noch korrekt die „Zahlungsmoral“ und nicht die Überschuldung benannt ist, wird dann aber behauptet, die allgemeine Überschuldungsgefahr der Menschen sei gemessen worden. Immerhin bemerkt das Handelsblatt, dass verspätet gezahlte Handy-Rechnungen bei der SCHUFA erheblich zu Buche schlagen, obwohl sie in ihrer Höhe kaum jene fatale Folgen zeitigen, die die Umschuldungskredite der Ratenkreditbanken mit Beträgen um die 50.000 Euro erreichen, und obwohl die Handyschulden im übrigen meist von den Eltern beglichen werden. „Je niedriger Bildungsstand und Einkommen, desto höher sei die Schuldenneigung.“ be-

richtet dann auch das Hamburger Abendblatt (4.11.2003, S.21) und Spiegel-Online. Es fehlt aber die Information, dass hier ganz anders als bei der PISA-Studie der Bildungsstand mit lediglich 10 Wissensfragen zu einem neuartig definierten „Zahlungswissen“ entwickelt wurde.

Immerhin vermerkt der Spiegel korrekt, dass 39% der SCHUFA-Meldungen gar nichts mehr mit Krediten zu tun haben, sondern von der Telekommunikationsbranche herrühren, die damit für 3 Jahre fest SCHUFA-Einträge auch bereits bei jungen Menschen produziert, obwohl sie sich als Inkassobranche für auch zweifelhafte Unternehmen betätigt hat, die ihre Honorare für tatsächliche oder vorgetäuschte Leistungen als Telefongebühren versteckt eintreiben.

Die Süddeutsche Zeitung (4.11.2003, S.21) berichtet erheblich distanzierter, die SCHUFA gehe mit dieser Studie davon aus, dass die Überschuldungsgefahr in Deutschland kein generelles Problem sei und verweist darauf, dass die allgemeinen SCHUFA-Statistiken nur zu 60% auf Krediten und zu 40% auf Telekommunikationsrechnungen beruhten. Woher die Handy-Erklärung der SCHUFA kommt, bleibt im Dunkeln. Eine entsprechend aufgeschlüsselte Auswertung wird nicht vorgelegt, so dass man befürchten muss, hier sei ein plausibles Ergebnis gesucht worden. Die Süddeutsche Zeitung weist auch darauf hin, dass die Kreditrückstände im Durchschnitt bei 8002 Euro liegen. Da die Zahlen für die Jungen Erwachsenen aber vor allem die kleineren Beträge betreffen, und zudem die Rückzahlung wohl in der Regel kleinerer Forderungen laut SCHUFA-Statistik zu 75% innerhalb des ersten Jahres (25% sogar innerhalb eines Monats) erfolgt, wird man die bisherige Forschung doch nicht umschreiben brauchen. Die SCHUFA deutet damit an, dass sie im Wesentlichen wenig zur Überschuldungsdiskussion beitragen kann, die eine auf Dauer angelegte Unfähigkeit zur Begleichung offener Forderungen darstellt.

Das neue Bild der Überschuldung

In der Öffentlichkeit ist damit ein merkwürdiges Bild der Überschuldung entstanden:

- Die Überschuldungssituation in Deutschland ist – laut Studie – nicht so schlimm wie angenommen.
- Der Verweis auf die Einkommenseinbußen durch Arbeitslosigkeit ist eher eine Schutzbehauptung. Vielmehr gibt es eine psychologisch bestätigte relevante „Verschuldungsneigung“ in der Bevölkerung.
- Jugendliche sind besonders schlimm. Daran sind vor allem die Handys schuld.

- Es gibt „schuldentreibende Städte und Landstriche“ in Deutschland.
- Verbraucher wissen viel über Finanzen. Das „Zahlungswissen“ der Überschuldungsgeneigten lässt aber zu wünschen übrig. Das Beste ist es, wenn in der Grundschule aufgeklärt wird. Weitere Maßnahmen, insbesondere bei den Kreditanbietern und der SCHUFA selber, sind nicht erforderlich.

Ein Bild, das in der Tat die bisherige wissenschaftliche Forschung ad absurdum führt.

Die politischen Konsequenzen

Ein solches neues Bild hätte neue politische Konsequenzen:

- Die Bemühungen der EU-Kommission und der Verbraucherverbände mit rechtlichen Regelungen zur Überschuldungsprävention gehen in die falsche Richtung. Schuldnerberatung setzt zu spät an. Wichtiger wären ein paar Schulbücher mehr. Die Inhalte dafür weiß offensichtlich die SCHUFA. Im Schuldenkompass untermauert der Vertreter der SCHUFA-Mitgliedsfirmen im Bundesverband Deutscher Banken (BDB) diese These gerade am Beispiel des EU-Entwurfs für eine neue Verbraucherkreditrichtlinie.

Der BDB knüpft dabei an den CSU-Abgeordneten im Europaparlament Wuermeling an. Dieser verlangt laut Süddeutscher Zeitung vom 7.11.03, S.22, den ganzen Entwurf der neuen Konsumentenkreditrichtlinie zu streichen. Insbesondere die neuen Grundsätze zur verantwortlichen Kreditvergabe sowie das Verbot der Kredite und Bürgschaften an der Haustür fielen dann weg. Kredite unter 500 € bräuchten keinen Schutz, weil dann die sozial Schwachen keine Kredite mehr bekämen. Damit werden Kreditkartenkredite, mit denen man Rechnungen unter 500 € leicht auf Kredit begleichen kann, und die bereits in den USA 60% der Überschuldung bestimmen und in England mit Zinssätzen über 29% die Armutsschere bedienen, vom Verbraucherschutz befreit. Sie können das bewirken, was man in den USA „Kreditsozialismus“ nennt: Die Armen finanzieren ihren Konsum auf Kredit und zahlen nichts mehr zurück, scheiden damit aber auch aus dem Wirtschaftskreislauf weitgehend aus.

Wir brauchen keine empirischen Untersuchungen über Ausmaß, Wirkung und Ursachen sowie mögliche Anpassungsmechanismen der Überschuldung. Die SCHUFA hat die Zahlen schon. Damit kann auch die sonstige Kritik an der SCHUFA relativiert werden. Die Fehleintragungen, mangelnde Transparenz und Datenschutz-Fragen, die Schematisierung der Kreditwürdigkeitsprüfungen und ihre Gleichsetzung ungewichteter Meldungen und die Folgen für die Kreditvergabe und Arbeitsplatzsuche

sind im Verhältnis zu den Forschungspotenzialen der SCHUFA relativiert.

Die SCHUFA-Studie: Wissenschaft oder Politik?

Die SCHUFA-Studie selber wurde dem Institut für Finanzdienstleistungen (iff) zeitgleich mit der Presse zugänglich. In der öffentlichen Diskussion am 4.11.2003, mit der die zuvor im Focus publizierte Studie dann vorgestellt wurde, hat der Vorstandsvorsitzende der SCHUFA allerdings auf Kritik hin gesagt, die Untersuchungen seien nur als ein erster Einstieg in die Materie anzusehen. Die SCHUFA wolle sich jeder Eigeninterpretation der Daten enthalten und ihren Datenbestand erstmals nach 50 Jahren, in denen die Wissenschaft auf ihre Nutzung verzichten musste, der Forschung öffnen.

Diese Bescheidenheit gibt aber die Studie und ihre öffentlichkeitswirksame Darstellung inhaltlich nicht wieder.

Untersuchungsanlage

Der SCHUFA war bekannt, dass sie sich in ein von den Sozialwissenschaften seit langem behandeltes Untersuchungsfeld begab. In den USA führen die Purdue University ebenso wie die Zentralbank seit Jahrzehnten Untersuchungen durch, ebenso das Personal Finance Research Center in England, das Schuldenobservatorium in Belgien sowie das Kreditobservatorium in Frankreich. 2001 hat die GP Forschungsgruppe in München einen Bericht für Deutschland vorgelegt und die Universität Chemnitz ein entsprechendes Forschungsprojekt über die Wirkung von Überschuldung auf die Lebenslage der Betroffenen für die VW-Stiftung abgeschlossen. Das iff hat neben seinen Forschungsaktivitäten auf diesem Feld bereits drei Schuldenreporte veröffentlicht und arbeitet für 2004 an seinem vierten Bericht. Auf den Webseiten des iff (insbesondere <http://www.money-advice.net/index.php?id=77>) wird der Stand von Wissenschaft und Forschung ständig dokumentiert. Diese Forschungen werden im SCHUFA-Bericht leider nicht genutzt.

Hier nur ein Auszug aus den nationalen und internationalen Forschungen: Für einen europäischen Überblick siehe: U. Reifner, J. Ford (Hrsg.): *Banking for People*, Vol. 2: *Consumer Debts and Unemployment in Europe - National Reports*, de Gruyter, Berlin, New York 1992; U. Reifner, C. Reis (Hrsg.): *Überschuldung und Hilfen für überschuldete Haushalte in Europa*, Frankfurt aM 1992; N. Huls, et al.: *Overindebtedness of Consumers in the EC Member States: Facts and Search for Solutions*, Kluwer Éditions Juridiques Belgique, Centre de Droit de la Consommation, Diegem, Louvain-la-Neuve 1994; U. Reifner, J. Niemi-Kiesilainen, N. Huls, H. Springeneer: *Study of the Legislation relating to Consumer Overindebtedness in all European Union Member States (Studie zur rechtlichen Situation überschuldeter Verbraucher in den Mitgliedstaaten*

der Europäischen Union), Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburg 2003; Consumer Debt in Europe - The Birmingham Declaration - Proceedings of the Third European Conference on Overindebtedness, Birmingham Settlement, 1993; für Großbritannien siehe: J. Ford: The Indebted Society: Credit and Default in the 1980's, London: Routledge 1988; R. Berthoud, E. Kempson: Credit and Debt, London PSI 1992; Lord Crowther: Consumer Credit, Report of the Committee, London 1971; für Österreich siehe: Institut für Gesellschaftspolitik der Arbeiterkammer: Privatverschuldung in Österreich - Konsumentenkredite zwischen Wunderwelt und Offenbarungseid, Wien 1990 mit einer Antwort der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft; P. Mosslechner, P. Brandner: Ökonomische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte, Wien 1992; Für Deutschland siehe: D. Korczak, G. Pfefferkorn: Forschungsvorhaben zur Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland - Finaler Report, München August 1990; U. Reifner, U., C. Reis (Hrsg.): Überschuldung und Hilfen für überschuldete Haushalte in Europa, Deutscher Verein Frankfurt am Main 1992; Institut für Finanzdienstleistungen: Schuldenreport 1993 - Die Verschuldung der privaten Haushalte in Deutschland, Luchterhand: Kriftel 1994; Institut für Finanzdienstleistungen: Der neue Schuldenreport - Kredite der privaten Haushalte in Deutschland, Luchterhand: Kriftel 1995; K. Holzschek, G. Hörmann, J. Daviter: Die Praxis des Konsumentenkredits in der Bundesrepublik Deutschland - Eine empirische Untersuchung zur Rechtssoziologie und Ökonomie des Konsumentenkredits, Bundesanzeiger: Köln 1982; Brock, Ditmar Leben nach Plan TU Chemnitz, Lehrstuhl für Soziologie II 1998; für Belgien siehe: F. Domont-Naert: Le Surendettement des Consommateurs en Belgique, Rapport Final 1993 mit Unterstützung von Febecoop und der belgischen Nationalbank; vgl. auch L'Observatoire du Crédit et de l'Endettement: Prévention et Traitement du Surendettement en Région Wallone, Charleroi 1996; für die Frage der Verbrauchereinstellungen bei der Überschuldungsbewältigung die hervorragende Langzeitstudie aus Canada: J. Duhaime: La Vie à Crédit, Montreal 2003; zur Perspektive der Schuldnerberatung: H. Ebli: Pädagogisierung, Entpolitisierung und Verwaltung eines gesellschaftlichen Problems?, Nomos: Baden-Baden 2003; die Klassiker aus den USA: D. Caplovitz: The Poor Pay More - Consumer Practices of Low Income Families - The Cost of Paying Later, The Instalment Plan, New York: Free Press of Glencoe, 1963; D. Caplovitz: Consumers in Trouble - A Study of Debtors in Default, New York: The Free Press, 1974; zur neueren Kritik an der Kreditvergabe: H. Palmer, P. Conaty: Profiting from Poverty - Why Debt is Big Business in Britain, London: New Economic Foundation 2002; die Literaturdatenbank des Instituts für Finanzdienstleistungen enthält 341 Titel mit dem Stichwort Überschuldung (<http://www.money-advice.de/search.php?txt=MAINAREA%28L%29+%DCberschuldung&subsequent=2.>)

Die wissenschaftliche Betreuung des Projekts lag letztlich in den Händen der SCHUFA selber. Darüber kann auch der wiederholte Verweis auf den Beirat nicht hinwegtäuschen, dem keine Verschuldensforscher angehören und der vielmehr die gesellschaftlichen Gruppen repräsentieren, die Interesse an den Ergebnissen haben wie Anbieter, Regierung, Verbraucherschutz und Schuldnerberatung, nicht aber das vorhandene Potenzial empirischer Verschuldensforschung. Daher gehen auch deren Beiträge im Schuldenkompass nicht auf die Untersuchungsanlage selber ein, sondern stellen ihre Positionen zur Überschuldungsdiskussion dar (vgl. S.61- 80).

Für die Untersuchungen hat man Psychologen beauftragt. Auch dies ist eine Vorentscheidung für mögliche Ergebnisse, weil die Psychologie mit ihren Instrumenten die Ursachen bei den Betroffenen selber („Überschuldete sind selber schuld“) und nicht wie die in der Verschuldungsforschung beheimatete Soziologie umfassender im Verhältnis Individuum - Gesellschaft („Überschuldung ist ein allgemeines Phänomen der wachsenden Einkommensunsicherheiten in einer Kreditgesellschaft“) untersuchen kann.

Das Zahlenmaterial und die empirische Basis

Das Grundproblem der Studie liegt in einer problematischen Metamorphose: SCHUFA-Einträge seien repräsentativ für Zahlungsstörungen, Zahlungsstörungen seien repräsentativ für Überschuldung und die so gewonnenen Überschuldungsdaten sagten etwas über die Kreditaufnahme aus. Dem stehen gegenüber:

- Die SCHUFA hat nicht alle Zahlungsstörungen in ihren Meldungen. Nicht alle Meldungen haben etwas mit Zahlungsunfähigkeit zu tun.

Nicht alle Gläubiger sind der SCHUFA angeschlossen, nicht alle Gläubiger melden in gleicher Weise und Regelmäßigkeit. Die SCHUFA ist nicht der einzige Anbieter und hat daher nicht alle Daten. Unter den 60 Mio. Deutschen, die bei der SCHUFA eingetragen sind, finden sich viele gut Verdienende und ein Ministerialbeamte staunte kürzlich nicht schlecht, als auch er als Säumiger sich dort wieder fand, ebenso wie eine Bankerin, die beim Otto-Versand eine Ware nicht bezahlt hatte, weil diese falsch geliefert wurde.

- Zu den der SCHUFA gemeldeten Zahlungsstörungen gibt es keine Sozial- und Einkommensdaten, die erst die Überschuldung als Verhältnis von Einkommen/Vermögen zu Schuldenlast ergeben können.

Die Gleichsetzung jeder gemeldeten Zahlungsstörung mit einem Überschuldungsindikator lässt sich nicht halten, da Falsch-

meldungen, Fehlmeldungen, nicht anerkannte Rechnungen, nachlässiges Zahlungsverhalten, die SCHUFA-Daten relativieren. Außerdem ist die SCHUFA keine Monopolorganisation, sondern hat Konkurrenten, so dass etwa die Abnahme von Meldungen auch auf Marktanteilsverluste der SCHUFA hindeuten könnten. Eine Auswertung ihres eigenen Marktanteils fehlt nämlich in der Studie. Besonders gravierend aber erweist sich auch das undifferenzierte Nebeneinanderstellen von Schulden nach Höhe und Art. Alle Überschuldungsuntersuchungen sowie die Statistiken der Schuldnerberatungsstellen weisen aus, dass die durchschnittliche Verschuldung bei Überschuldung über 10.000 € liegt. Dies bedeutet, dass ein erheblicher, wahrscheinlich der überwiegende Datenbestand der SCHUFA, gar nicht auf Überschuldung hinweist.

- Bankschulden und sonstige Dienstleistungsschulden können nicht ohne Rücksicht auf den Zeitraum der Begleichung sowie ihre Höhe bei der Bezugnahme der Zahlungsstörungen auf die Überschuldung gleichgesetzt werden.

40% der Meldungen betreffen Telekommunikationsrechnungen. Ihre häufig sehr kurzfristige Nichtzahlung ist kein Überschuldungsindikator, sondern ein Säumigkeitsindikator. Drei Viertel aller Meldungen betreffen kurzfristig zurückgeführte Schulden. Auch dies widerspricht der Überschuldung. Im Bankensektor gibt es zudem Kompensationsmöglichkeiten für Überschuldung, die den Zeitpunkt hinauszögern. So ist bei einer Reihe von Teilzahlungsbanken bekannt, dass sie bei Zahlungsschwierigkeiten nicht immer den Kredit fällig stellen, sondern Umschuldungen anbieten, die den Kredit in die Zukunft strecken und dabei die Schulden exponential erhöhen. Das so genannte Umschuldungskarussell führt dann zu keiner SCHUFA-Eintragung, obwohl seine Beschleunigung immer ein deutlicher Indikator für Überschuldung ist. Wenn schon in der Holzcheck/Hörmann-Studie Anfang der 80er Jahre festgestellt wurde, dass 30% der Neukreditaufnahme der Umschuldung dient, so kann das tatsächliche Ausmaß der Überschuldung nur unter Einbeziehung solcher Kompensationsmechanismen festgestellt werden. Auch auf dem Girokonto lassen sich keine eindeutigen Indikatoren feststellen. Es liegt im Belieben einer Bank, ob sie bei Kontoüberziehung den Überziehungskredit kündigt und damit einen SCHUFA-Eintrag provoziert, oder aber die für sie lukrative Überziehungsprovision von 4% und mehr auf den über das Limit hinausgehenden Betrag berechnet und damit auf eine SCHUFA-Meldung verzichtet. In der Praxis ist es auch zu beobachten, dass Ratenkredite nur deswegen nicht Not leidend werden, weil die Raten aus einem Überziehungskredit bezahlt und damit doppelt verzinst werden. Diese erläuternden Informationen gerade bei Bankschulden wären von den Mitgliedsfirmen der SCHUFA ohne weiteres zu erlangen. Daraus könnte geschlossen

werden, wie sich das Verhältnis der effektiv ausgezahlten Kreditsummen im Verhältnis zur ausstehenden Gesamtschuld (inkl. Zinsen) verändert hat. Die auch von der SCHUFA festgestellte und in den Bundesbankberichten viel deutlicher ausgewiesene Tendenz zu immer langfristigeren Konsumentenkrediten deutet nämlich darauf hin, dass das Überschuldungsvolumen zur Zeit exponential steigt, aber auf Kosten der Zukunft der Verbraucher die aktuelle Liquidität nicht so belastet, weil es nur verschoben wird, wie wir dies auch aus der Staatsverschuldung der 90er Jahre kennen. Das Ergebnis lässt sich heute in den USA beobachten, wo dies bereits Jahre früher vonstatten ging, und nunmehr mit rund 1,5 Millionen Verbraucherkonkursen im Jahr der Zusammenbruch des privaten Verschuldungssystems zu Lasten insbesondere des unteren Drittels der Bevölkerung zu befürchten ist.

- Zahlungsschwierigkeiten aus sonstigen Schulden sind häufige Haushaltsprobleme bei unerfahrenen Menschen, die von Überschuldung gesondert betrachtet werden müssen.

Gerade Jugendliche, aber auch eher emotionale Menschen haben häufig Probleme der Haushaltsführung. Diese im Bekanntenkreis jeder Person sichtbaren Menschen artikulieren ihren notorischen Geldmangel und behindern sich im wirtschaftlichen Fortkommen. Hier kann finanzielle Allgemeinbildung Fähigkeiten und Kenntnisse vermitteln, die helfen können. Die Schufa-Meldungen geben ein recht treffendes Bild von dieser Gruppe, deren Rückstände auf Zahlungen kurzfristig und nie lebensbedrohlich, nicht bankmäßig und vor allem nicht besonders hoch sind. Entgegen weitläufigen Annahmen sind sie nicht typische Vorstufen der Überschuldung. Sie werden zudem begrenzt durch die Sanktionen der Anbieter, die die Gegenleistung (Handy- und Telefonkündigung, Verweigerung weiterer Einkäufe im Versandhandel, Verweigerung eines Girokontos etc.) verweigern und damit den Prozess begrenzen können. Erst wenn diese Personen, was relativ unwahrscheinlich ist, trotz dieser Rückstände im Bankensektor Kredit erhalten, werden daraus Bankschulden, die zur Überschuldung führen. Dabei sind Ausnahmen von Telefonrechnungen über mehrere 1.000 Euro durchaus möglich aber nicht typisch.

Die einzelnen Behauptungen

Junge Erwachsene sind mehr betroffen als andere?

Die SCHUFA entnimmt ihren Zahlen, dass 20-24jährige mehr Zahlungsschwierigkeiten als die übrigen Altersgruppen haben. Nach den Daten der verschiedenen Überschuldungsuntersuchungen sind demgegenüber die 25-35jährigen die typischen Problemhaushalte,

da in dieser Phase Familiengründung, Arbeitsplatzunsicherheit und Mobilität mit Altschulden kumulieren. Hier käme es auf die Höhe der Forderungen, die Gründe der SCHUFA-Meldung sowie die Zeit bis zur Begleichung der Schulden an. Dies wird nicht ausgewiesen. Auch die These, dass diese Zahlungsstörungen vor allen Dingen im Bankensektor auftreten, ist nicht belegt, da man nicht die absoluten Zahlen von Zahlungsstörungen ohne Rücksicht auf die Anzahl der gewährten Stundungen und Kredite und vor allen Dingen ohne Rücksicht auf die Wechselbeziehungen zwischen etwa dem Girokonto und den Zahlungen bei Handel und Dienstleistern ziehen kann.

Kreditausfälle sind zurückgegangen?

Ganz problematisch ist schließlich die Aussage, dass die Kreditausfälle zurückgegangen sind. Dies hat in der Presse zu leichtfertigen Behauptungen geführt, nämlich dass sich die durch die steigenden Insolvenzen, Kreditkontingentierungen und die Ankündigung höherer Kreditverweigerung sowie angesichts hoher Wertberichtigungen entfachte Überschuldungsproblematik entspannen würde. Wie sich aus der eigenen Statistik der SCHUFA ergibt, sind die Meldungen über Kreditausfälle gerade bei Schulden über 10.000 €, die überschuldungsverdächtig sind, in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Da die SCHUFA die meisten Meldungen im Bereich geringer Außenstände hat (die bei weitem meisten Meldungen betreffen Rückstände von unter 2000 €), haben diese Entwarnungen mit dem Thema Überschuldung kaum etwas zu tun. Hier rächt sich, dass die SCHUFA ganz grundsätzlich glaubt, dass die bei ihnen eingehenden Meldungen, und zwar jede gleich wie die andere, als Indikatoren für Überschuldung herangezogen werden können, darüber hinaus auch mehrfach in der Untersuchung bei den Meldungen einen Verschuldungsgrad entnimmt, der dort nicht repräsentativ enthalten ist. Hierzu müsste sie z.B. das Sozioökonomische Panel des DIW oder die Haushaltsstichprobe des Statistischen Bundesamtes befragen.

„Überschuldungsgeneigte“ Städte und Gemeinden?

Besonders problematisch sind die geplotteten Überschuldungskarten für die Bundesrepublik Deutschland, wo bestimmte Landesteile als besonders anfällig für Zahlungsstörungen aufgelistet werden. Diese Karten muten an wie die unseligen amerikanischen Redlining-Karten, die die U.S. Banken in den 70er Jahren aufstellten, um ihren Mitarbeitern zu vermitteln, in welchen Gebieten keine Kredite mehr zu vergeben sind. Die von der SCHUFA geplotteten Karten sind zudem noch inkorrekt, weil sie ja nur die SCHUFA-Meldungen mitteilen und damit Meldungen umfassen wie die des Otto-Versands für einen Kunden, der die Rechnung nicht zahlt,

weil die Ware falsch geliefert wurde, oder den Zahlungsrückstand eines Ministerialbeamten bei einer Telefonrechnung betrifft, der bestritt, die Gebühren ausgelöst zu haben. Da grundsätzlich der Rückstand mit 50 € genauso wie der Rückstand mit 50.000 € jeweils eine Nennung bekommt, erweisen sich die Häufigkeiten als für die Überschuldung irrelevant und irreführend. Entsprechend staunt man auch, dass in wirtschaftlichen Problemgebieten teilweise weniger Nennungen auftauchen als in prosperierenden Gebieten Süddeutschlands. Eine Anfrage in der Schuldnerberatung dieser Länder hätte leicht Aufschluss über diese voreiligen Schlüsse geben können.

Es wird damit nicht bestritten, dass die SCHUFA-Zahlen grob mit von Überschuldung stärker betroffenen Landesteilen korrelieren könnten. Nur, dies ist nicht belegt und insbesondere im Detail mit einer mindestens 80%igen Fehlerquote belegt. Im Übrigen sollte die SCHUFA sich genau überlegen, ob sie solche Karten wirklich herausgibt, weil sie als negative Wirtschaftswerbung für diese Gemeinden und als Anreiz zur Kapitalflucht konsumorientierter Anbieter dienen können.

Hohe Arbeitslosigkeit korreliert nicht unbedingt mit Überschuldung?

Eine weitere Fehleinschätzung dürfte darin liegen zu behaupten, dass Arbeitslosigkeit sich nicht unmittelbar auf Überschuldung auswirkt. Der Zusammenhang gehört zum einhelligen Ergebnis aller bisherigen empirischen Untersuchungen in Kreditgesellschaften der westlichen Welt. Die SCHUFA misst den Zusammenhang an der Zunahme der eidesstattlichen Versicherungen. Zunächst haben die eidesstattlichen Versicherungen Konkurrenz durch die Verbraucherinsolvenzverfahren bekommen und zwar genau in dem Zeitpunkt, der hier gemessen wird, von 1990 bis 2002, so dass überall dort, wo Insolvenzverfahren in Anspruch genommen werden, die eidesstattliche Versicherung nicht mehr gesondert notwendig ist. Im Übrigen hängt die Anzahl der eidesstattlichen Versicherungen auch davon ab, inwieweit sich Gläubiger von ihrer Angabe überhaupt etwas versprechen.

Immerhin weisen die SCHUFA-Zahlen dann aber in vielen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit diesen Zusammenhang auf, weshalb die Pressemeldungen hier eher interessiert erscheinen, die Eigenverantwortung der Überschuldung vor dem sozialen Schicksal der Arbeitslosigkeit erscheinen zu lassen.

Die Deutschen haben die Note „gut“ in finanzieller Bildung?

Die SCHUFA hat neben der Auswertung ihrer eigenen Daten auch noch Studien vorgelegt, die das Wissen und die Verschuldungsneigung aufzeigen sollen.

Dazu wird mit der aus Marketinguntersuchungen bekannten GfK ein neu definiertes „Zahlungswissen“ bei 1000 Haushalten abgefragt, das begrifflich nicht in die herkömmlichen Kategorien von Wissen, Kenntnis, Handlungskompetenz und Fähigkeit eingeordnet und auch in seiner Funktion sowie seinen Dimensionen und Indikatoren nicht so bestimmt ist, wie es für empirische Untersuchungen erforderlich ist.

Es wurde durch zehn Fragen (wohl reine Wissensfragen), die im Bericht nicht aufgedeckt werden, abgefragt. Tatsächlich dürfte in der Finanziellen Allgemeinbildung soziale (Handlungs-)Kompetenz und Fähigkeit zur Analyse der eigenen Liquidität erheblich überschuldungsrelevanter sein, als das Wissen über Begrifflichkeiten. Die Entwicklung der Fragen ist dann für eine empirische Studie auch mehr als merkwürdig. In der Präsentation wurde mündlich ausgeführt, dass man „gängige Schulbücher“ durchforstet und daraus häufig wiederkehrende Angebote zu Fragen genutzt habe, wodurch die Schulbuchautoren zu Herren der Untersuchungsfragen wurden. Eine Frage hat sich laut Bericht nach der Bedeutung des Begriffs „Rendite“ erkundigt. Warum die Klärung dieses Begriffes zum Zahlungswissen bei Krediten beiträgt, bei denen es für die Verbraucher bekanntlich keine Rendite gibt, bleibt unerfindlich.

Das iff hat in seinem Projekt „Finanzielle Allgemeinbildung“ (vgl. U. Reifner: Finanzielle Allgemeinbildung – Bildung als Mittel der Armutsprävention in der Kreditgesellschaft, Nomos: Baden-Baden 2003) allerdings darauf hingewiesen, dass die gesichteten Schulbücher kaum handlungsanleitendes Wissen zu Finanzdienstleistungen vermitteln. Das iff führt zurzeit eine umfassendere Schulbuchanalyse durch und hat bereits mit der Bertelsmann Stiftung und Infas eine empirische Erhebung zum Teilbereich des finanziellen Allgemeinwissens in der privaten Altersvorsorge vorgelegt (Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Vorsorgereport, Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh 2003). Die Schulbuchautoren zu Sehern des überschuldungsrelevanten Wissens zu machen, ist methodisch kaum haltbar. Im Übrigen enthält die Studie damit eine vollkommen andere Richtung. Werden die Begriffe nämlich häufig in der Schule unterrichtet, dann beantwortet die Studie wie eine verspätete Klassenarbeit die Frage, ob es sich dabei ohnehin um Gemeinplätze handelt oder ob die Schüler gut aufgepasst haben. Ob ihre Kenntnis zur Überschuldungsprävention etwas nützt, ist damit nicht beantwortet. Die Klassenarbeit ist mit der Durchschnittsnote „gut“ dann erstaunlich ausgefallen.

Die eigentlich entscheidende und bisher ungelöste Frage ist aber, was man eigentlich wissen muss, um sich im Finanzdienstleistungssektor vernünftig bewegen zu können. An dieser Frage arbeiten vor allem in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, aber neuerdings auch in Kontinentaleuropa, eine Reihe von Instituten und Wissenschaftlern, wobei die Meinungen durchaus kontrovers sind. Das iff hat sich damit in den letzten 5 Jahren zusammen mit Pädagogen auseinandergesetzt und einen Ansatz entwickelt, der sich eng am Problem orientiert, dem Problem der Überschuldung. Danach ist solches finanzielles Allgemeinwissen notwendig, das Verbrauchern in den verschiedenen Stufen von der Bankauswahl über die Kreditaufnahme über die Störung und Anpassung bis hin zur Insolvenz die Fähigkeit vermittelt, die in dieser Situation für sie möglichen Entscheidungen besser und mit geringerer Beeinträchtigung für ihre soziale Lage zu treffen. Dass dabei auswendig gelernte Begriffe wenig nützen, wissen die meisten aus eigener Erfahrung. So hat das iff in seinen umfassenden Untersuchungen zu gescheiterten Baufinanzierungen im Auftrag des Bundesbauministeriums schon vor 10 Jahren darauf hingewiesen, dass die überwiegenden Insolvenzfälle aus Bausparsofortfinanzierungen kamen, die selbst für Experten im Wesentlichen in ihren Gefahren und Auswirkungen nicht kalkulierbar und verstehbar sind. Bei den besonders benachteiligenden Kapitallebensversicherungskrediten hat die Rechtsprechung die Sittenwidrigkeit teilweise sogar mit dem Argument abgelehnt, die Verbraucher hätten ohnehin keine andere Wahl gehabt, als diese Konstruktion zu wählen, weil solche langen Laufzeiten nur in dieser ungünstigen Form angeboten werden. Was hier finanzielles Wissen über die Konstruktion helfen soll, muss erst noch erschlossen werden.

Im Bereich der finanziellen Bildung befinden wir uns somit gerade erst am Anfang einer notwendigen Diskussion, bei der die Illusion, dass Verbraucher, die etwas über Finanzwirtschaft verstehen, sich auch in Kreditfragen richtig verhalten, in Frage gestellt ist.

Entsprechend merkwürdig sind auch die Ergebnisse. Die Studie kommt dazu, dass im Durchschnitt die Deutschen 7,7 von 10 möglichen Punkten beim Zahlungswissen haben. Dies wäre, in Schulnoten umgesetzt, eine Durchschnittsnote von gut. Demgegenüber kommt die Commerzbank in ihrer bei Prognos in Auftrag gegebenen Studie zu dem genau gegenteiligen Ergebnis, offensichtlich weil die von ihr gestellten Fragen, die wir an anderer Stelle ähnlich kritisch gewürdigt haben (<http://www.iff-hamburg.de>), einfach schwerer gestellt waren. Bei der zusammen mit der Bertelsmann Stiftung vom iff über Infas durchgeführten Bevölkerungsumfrage zum Wissen über Produkte der privaten Altersvorsorge wird gar nicht erst versucht, daraus einen generellen Wissensgenerator zu machen, sondern aufgezeigt, wo Verständnis und Wissenslücken und mangelnde Handlungskompetenz bestehen. Dabei wurde im Übrigen auch deutlich, dass Wissen erfahrungsabhängig ist.

Überschuldete sind „Überschuldungs- geneigte“ Menschen?

Ganz im Dunkeln bleibt bisher die Kategorie „überschuldungsgeneigt“, mit der die Bevölkerung in vier Kategorien unterteilt wird (stark schuldengeneigt, deutlich schuldengeneigt, schuldenneutral, angepasst/schuldengeneigt). Wie viele hier befragt wurden, wie man gemessen hat, lässt sich auch nur an dem oben wiedergegebenen Beispiel des „Jungen Paares mit der schicken Wohnungseinrichtung“ demonstrieren, bei dem - einfach gesagt - aus der Frage „Würden Sie einen Kredit aufnehmen?“ die hohe Zustimmung mit einer „Verschuldungsneigung“ und dann unbeschrieben auch zugleich mit einer „Überschuldungsneigung“ identifiziert wird.

Die Studie greift hier, ohne dies auszuweisen, auf Schemata der integrativen Theorie in der Psychoanalyse zurück. Aus deren therapeutischer Begrifflichkeit zur Behandlung psychischer Krankheiten wird das psychologische Verhaltensschema *Reversibilität, Disengagement* (dazu J. Kuhl: A Theory of Action and State Orientation, in: J. Kuhl & J. Beckmann (Hrsg.): Volition and Personality: Action versus State Orientation, Hogrefe: Göttingen/Toronto 1993), *kalkulierte Mindestleistung* und die *Reaktanz* (dazu C.B. Wortmann, J.W. Brehm: Responses to uncontrollable Outcomes: In Integration of Reactance Theory and the learned helplessness Model, in: L. Berkowitz (Hrsg.), Advances in Experimental Social Psychology, Bd. 8, S. 277-336, Academic Press: New York 1975) entnommen. Während in der Psychoanalyse diese Begriffe durchaus nicht unumstritten benutzt werden, um bei manifesten psychischen Störungen Therapieerfolge zu erzielen, setzt die Studie bereits voraus, dass Überschuldung als Phänomen psychischer Störung eingeordnet werden kann. Diese implizite Psychologisierung führt dann zum diffamierenden Etikett der „Verschuldungsneigung“, wenn neben der Überschuldung noch ein paar Einstellungen vorhanden sind. Angesichts der Verankerung der Überschuldung im objektiven Bedingungsgeflecht von Einkommen und Kredit ist dies nicht akzeptabel. Hier sind die kanadischen Langzeitstudien von Duhaime (2003) oder die Chemnitzer Studie erheblich weiterführender. Duhaime ist der Frage nachgegangen, warum Menschen in gleicher objektiver Überschuldungslage ganz unterschiedlich damit fertig werden und eben nicht jeder Arbeitslose nach der Karenzzeit von 15 Monaten in eine eher hoffnungslose Insolvenz verfällt. Auch Duhaime findet vier Verhaltensgruppen, doch diese Gruppen sind empirisch am Geld- und Konsumverhalten und nicht theoretisch psychoanalytisch ausgedacht. Zudem findet er die Zuordnungen nur durch Langzeitbeobachtung und Tiefeninterviews und nicht auf Grund von stereotypen Fallbeispielen.

Warum bei Vorliegen dieser Merkmale die Menschen weniger Schulden aufnehmen möchten als bei Vorliegen der anderen

Merkmale, bleibt bei der SCHUFA-Studie im Dunkeln. Gleichwohl wird mit diesen Gruppen erheblich gerechnet und damit insgesamt suggeriert, man könne die Überschuldung weg erziehen bzw. durch Bildung wesentlich steuern. Dann machen auch die Statements des Vertreters des Bundesverbandes Deutscher Banken in dem Band Sinn, dass weniger Verbraucherschutz und mehr Eigenverantwortung hier besser wären.

Überschuldung relativiert durch hohe Sparquote und Vermögen?

In dem Forschungsfeld „Umfeld“ bringt die SCHUFA Fakten aus öffentlich zugänglichen Statistiken. Es beginnt aber mit Einkommen und Sparquote. Indem auf das Ansteigen des verfügbaren Einkommens bei tendenziell sinkender Sparquote Ende der 90er Jahre hingewiesen wird, wird übersehen, dass Sparquote und Überschuldung nur marginal etwas miteinander zu tun haben, weil das betroffene untere Drittel der Bevölkerung nicht spart, wie eine Reihe von deutschen wie amerikanischen Untersuchungen herausgearbeitet haben (siehe zuletzt Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Vorsorgerereport, 2003). Die Überschuldeten können und sollten auch am Sparprozess nicht teilnehmen, weil das beste Sparen immer die Kreditrückzahlung ist. Die schichtenspezifischen Sparquoten, die in den beiden unteren Quintelen negativ, und im obersten besonders positiv sind, deuten daher beim Ansteigen der Sparquote auf eine Verschärfung der Gegensätze in der Gesellschaft hin und keineswegs auf eine Problementschärfung.

Das gleiche gilt für die unsinnige und unkommentierte Gegenüberstellung von Geldvermögen zu Konsumentenkrediten. Wenn die SCHUFA damit suggerieren will, dass die Verschuldeten und Überschuldeten mehr Geldvermögen gebildet haben, so ist dies falsch wie aus den allgemein verfügbaren Daten der Haushaltsstichprobe des Statistischen Bundesamtes sowie aus dem Sozioökonomischen Panel des DIW abzulesen ist.

Auch die Zahlen zum Konsumentenkredit sind nicht nachvollziehbar. Während sie nach Angaben der SCHUFA stagnieren und nach ihrer Grafik unter 200 Mrd. € liegen, gibt die Bundesbank für 2002 ein Volumen von 224 Mrd. € für 2002 und eine Steigerung um 2 Mrd. € gegenüber dem Jahr 2000 an. Die Ratenkredite haben sich danach in diesem Zeitraum sogar um 6 Mrd. € erhöht. Demgegenüber titelt die SCHUFA mit ihrer Grafik: „Sinkender Anteil von Ratenkrediten seit 1991, Stagnation seit 1999“. Dieses falsche Ergebnis wird durch einen statistischen Fehler in der Definition des „Anteils“ erreicht. Die Ratenkredite werden in der Grafik nicht nur auf ihre Gruppe der Verbraucher kredite, wo sie erheblich gestiegen sind, sondern zusätzlich noch auf die Wohnungsbaukredite bezogen, was keinen Sinn macht, weil Ratenkredite im Wohnungsbau nicht vergeben werden.

Schließlich sieht man selbst bei den Privatinsolvenzen fallende Kurven: „Verfahrensanzahl steigt, Abweisungen und Forderungen sinken.“ Das klingt versöhnlich, ist es aber nicht. Um fallende Kurven zu erzeugen, wird die eher nichts sagende Kategorie „mangels Masse abgewiesen“ benutzt, die es in der hier gemeinten Form in der Verbraucherinsolvenz seit Ende 2001 gar nicht mehr gibt, weil die Verfahrenskosten nunmehr gestundet werden können. Gleichwohl wird die Grafik bis 2003, aber dort nur bis Juni fortgeführt, was grafisch zu dem falschen Eindruck führt, die Kurven würden insgesamt ab 2002 fallen. Tatsächlich werden hier Halbjahreszahlen den Ganzjahreszahlen der Vorjahre gegenübergestellt. Der starke Anstieg von 3.357 Privatinsolvenzen im Jahr 1999 auf 21.441 Verfahren im Jahre 2002 hätte mehr Information statt der Verwirrung gebracht.

Darf die SCHUFA ihr anvertraute persönliche Daten so auswerten?

Die vorgenommene Art der wirtschaftspolitischen Auswertung ist auch rechtlich nicht unproblematisch. Die Daten sind der SCHUFA nicht nur von den Gläubigern, sondern auch von den Schuldnern zur zweckentsprechenden Verwendung anvertraut. So hat der Bundesgerichtshof in seinem Urteil, mit dem die damalige SCHUFA-Klausel als zu weit gehend für rechtswidrig erklärt wurde, ausgeführt: „Das Bundesdatenschutzgesetz hat sich grundsätzlich für den Schutz personenbezogener Daten entschieden (BGHZ 80, 311 (312) = NJW 1981, 1738 = LM BDSG Nr. 1). Es untersagt zwar die Speicherung und Übermittlung solcher Daten nicht schlechthin, macht sie aber in den §§ 24, 32 BDSG von einer Abwägung der berechtigten Interessen aller Beteiligten abhängig.“ (BGH Urteil vom 19.09.1985, AZ III ZR 213/83, NJW 1986, 46-48 unter I.5.a; ebenso OLG Koblenz, Urteil vom 12.04.1990, AZ 2 U 1157/88, à la card, Euro-Journal (ACE) 1990, 108 = CR).

Zwar verstößt die SCHUFA mit einer rein statistischen Auswertung nicht gegen den Datenschutz einzelner. Auch sollte die Wissenschaftsfreiheit durch den Datenschutz nicht behindert werden. Mit einer eher wirtschaftspolitischen Auswertung würde die SCHUFA aber gegen den kollektiven Sinn und Zweck der SCHUFA-Klauseln verstoßen, da ihr die Daten nicht zu Marketingzwecken überlassen werden. Kein säumiger Zahler dürfte damit einverstanden sein, dass mit seinen Daten Urteile wie „Zahlungsmuffel“ oder andere diskriminierende Bewertungen verbunden werden, Verbraucher-schutz angegriffen wird und Überschuldungslandkarten gezeichnet werden. Insofern sollte die SCHUFA jede Sorgfalt bei der Nutzung der persönlichen Daten der Verbraucher üben.

Schlussfolgerungen

Der Schuldenkompass ist ein wichtiger Schritt der Anbieter hin zur notwendigen Diskussion der Überschuldung in Deutschland, die bisher eher verhindert wurde. Die vorstehende Kritik ist aber notwendig, weil auch die Tradition in anderen Ländern gezeigt hat, dass das Thema Überschuldung und seine Bewältigung kontrovers und mit verschiedenen Interessen besetzt ist. Die SCHUFA als Vertreter der Anbieter und Gläubiger ist der Gefahr nicht vollständig entgangen, ihre Daten mit anbieterorientierten Sichtweisen zur politischen Behandlung des Problems Überschuldung zu vermischen. Dies hat der Wissenschaftlichkeit der Studie erheblich geschadet und sie teilweise falsch und oberflächlich gemacht. Da sie die Daten im Rahmen des Datenschutzes nur von den Verbrauchern anvertraut erhalten hat, muss sie sich verpflichtet fühlen, sie nur unter Wahrung der Kriterien strenger Wissenschaftlichkeit auswerten zu lassen.

Beklemmend ist die Rolle der Presse, die ihrer angestammten Aufgabe einer kritischen Berichterstattung offensichtlich bei solchen komplexeren Themen nicht mehr gerecht werden kann. Dies birgt die Gefahr, dass unter dem Schein wissenschaftlicher oder durch Zahlen suggerierter Objektivität produzierte Ideologien ihre ungehinderte öffentliche Verbreitung immer dann finden werden, wenn sie nur plausibel genug und auf allgemeinen Vorurteilen aufbauend kommuniziert werden.

Zehn Thesen zur weiteren Erforschung der privaten Überschuldung

1. Überschuldung ist ein gravierendes Problem sozialer Diskriminierung und Verarmung. Verschuldung ist demgegenüber ein notwendiges Element einer Marktgesellschaft, die Chancen eröffnet, aber auch Gefahren beinhaltet.

Verschuldung spiegelt die Möglichkeit ungleichzeitiger Leistungen in einer immer arbeitsteiliger operierenden Wirtschaft wieder. Verschuldung ist produktiv, wenn das hierdurch erreichte Fremdkapital so genutzt werden kann, dass es noch über die Kapitalkosten hinaus einen zusätzlichen Nutzen hervorbringt. Dies gilt auch für Verbraucher, wenn sie durch diesen Nachsparprozess frühzeitig Konsummöglichkeiten wie PKW, Haus oder Urlaub nutzen oder ihr Lebenseinkommen gleichmäßiger so verteilen können, dass Engpässe überwunden werden können. Verschuldung ist unproduktiv, wenn sie so teuer ist („Wucher“), dass der Nutzen daraus den Vorteil nicht erreicht, wenn eine Notlage ausgebeutet wird, wenn ein nicht behebbarer dauernder Einkommensmangel temporär auf Kosten der Zukunft ausgeglichen wird.

Überschuldung liegt vor, wenn der Schuldner auf Dauer nicht mehr in der Lage sein wird, die fälligen Forderungen mit seinem Vermögen oder zu erwartendem Einkommen zu begleichen.

2. Überschuldung von Verbrauchern, bei denen regelmäßig kein liquides Vermögen vorhanden ist, bedeutet, dass das für die Schuldentilgung vorgesehene Einkommen ganz oder teilweise nicht mehr vorhanden ist.

Überschuldung ist daher immer relativ. Sie spiegelt die Tatsache wieder, dass im Kredit ein Vorgriff auf zukünftiges Einkommen erfolgt. Fällt dieses Einkommen teilweise weg (Arbeitslosigkeit, Herabstufung, Kurzarbeit, Krankheit) oder wird es durch erhöhte Konsumausgaben (Kinder, Unfall, Krankheit, Ehescheidung) belastet, so tritt nach einer Zeit (ca. 15 Monate), in der vorhandene Reserven aufgebraucht und Konsumausgaben (Reparaturen, Ersatzbeschaffungen) aufgeschoben werden können, eine Zahlungsstörung ein. Diese Zahlungsstörung muss bei Fälligkeitstellung des Gesamtkredites zur Überschuldung führen, weil der Verbraucher, der eine Rate nicht bezahlen kann, auf jeden Fall nicht die gesamte Restkreditsumme sofort bezahlen kann. Ist die Minderung des verfügbaren Einkommens temporär, dann kann durch Kreditanpassungsmaß-

nahmen ggf. auch durch Entschuldung in Insolvenzverfahren die Überschuldung überwunden werden.

Überschuldung kann daher bei geringer Verschuldung ebenso eintreten, wie hohe Verschuldung nicht per se zur Überschuldung führt. Deshalb ist es unsinnig, die Verschuldungszahlen als Indikatoren für Überschuldung zu nutzen. Ebenso unsinnig ist das Aufwiegen von Sparquoten gegenüber Verschuldungszahlen, weil alle Untersuchungen belegen, dass die Sparquoten vornehmlich nicht in den Kredithaushalten erzielt werden, sondern in den oberen 3/5 der Haushalte.

3. Überschuldung ist nur im Bedingungs-dreieck von subjektivem *Kreditwunsch*, objektivem *Kreditangebot* und den Bedingungen der *Kreditstörung* erklärbar.

Über 80% der Überschuldungsfälle liegen Kreditaufnahmen zugrunde, die bei Abschluss noch rational und sinnvoll waren, dann aber durch individuell nicht vorhergesehene Einkommenseinbußen oder Ausgabensteigerungen sowie falsche Anpassungsversuche nachhaltig gestört wurden. Bei etwa 13% sehen die meisten Untersuchungen den Anteil derjenigen, die bereits bei Beginn mehr Kredit wollten und auch bekamen, so dass von Anfang an hätte klar sein müssen, dass eine Überschuldung droht.

Eine Reihe von Untersuchungen hat gezeigt, dass nicht nur die etwa 1% der Kreditnehmer, sondern auch bestimmte Kreditformen und Kreditanbieter besonders überschuldungsgeneigt sind, weil sie kaum Anpassungen erlauben, hohe versteckte Kosten haben und durch Provisionssysteme Anreize für unproduktive Kreditvergaben geben. Dazu gehören Ratenkredite über Vermittler zur Umschuldung, Haustürkredite, Kombinationsfinanzierungen wie Bausparsofortfinanzierungen, Spekulation auf Kredit wie in der Immobilienfondsfinanzierung ebenso wie einige Anbieter, die die dauernden Umschuldungen und Aufstockungen mit Zusatzversicherungen zu einer besonderen Erwerbsquelle gemacht haben oder prüfungsfreie Kredite (Kreditkarten- und Überziehungskredite) stimulieren. Diese Kreditgeber sind in der Schuldnerberatung notorisch.

4. Überschuldung lässt sich nicht einfach an der Häufigkeit von gemeldeten Zahlungsschwierigkeiten messen.

Die der SCHUFA gemeldeten Zahlungsschwierigkeiten umfassen mehrheitlich kurzfristige und kleine Forderungen insbesondere aus dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen. Darunter befinden sich wegen Reklamation berechnete, aber vom Anbieter nicht anerkannte Zahlungsverweigerungen, Forderungen aus vergesslichem oder nachlässigem Zahlungsverhalten, Forderungen, die der Schuldner überhaupt nicht kennt (Abwesenheit,

nur von Dritten behauptet etc.). Außerdem sind der SCHUFA die Vermögensverhältnisse und das Einkommen der Schuldner mit Zahlungstörungen nicht bekannt, so dass allenfalls die längerfristigen aus Bankkrediten herrührenden höheren Zahlungsrückstände hier einen Eindruck geben.

Umgekehrt gibt es eine hohe Dunkelziffer von versteckter, der SCHUFA nicht gemeldeter Überschuldung, wo aus Gewinngründen an sich nachhaltig gestörte Beziehungen kostenpflichtig umgeschuldet und die Laufzeit verlängert werden. Diese Schuldenlawinen können sich als schlummernde Zeitbomben weiterentwickeln, weil der Schuldner kein Kapital mehr erhält, seine Schulden aber ständig steigen.

5. Überschuldung durch gekündigte Bankkredite ist der verlässlichste Indikator. Schulden aus anderen Verhältnissen haben zwar häufig dazu beigetragen, lösen jedoch nicht die Überschuldung aus.

Bankkredite stehen am Ende einer Verschuldungskette. Solange Bankkredite erreichbar sind, führen alle anderen Schulden nicht zur Zahlungsunfähigkeit. Kreditkarte und Kontoüberziehung sorgen dafür. Wer kreditunwürdig ist, ist meist schon vorher überschuldet. Diese größer werdende Gruppe in der Bevölkerung ist von allen produktiven Möglichkeiten ausgeschlossen. Die Mitgliedsfirmen der SCHUFA sind daher die beste Quelle für Überschuldungsuntersuchungen. Sie kennen die Anzahl und den Betrag der Umschuldungen, Neukreditaufnahmen, Verzugsfälle, Überziehungsprovisionen, Wertberichtigungen, bestrittene Forderungen. Sie sollten der SCHUFA ihre Daten öffnen.

6. Die vollständige Verhinderung von Überschuldung ist in der modernen Marktwirtschaft mit unsicheren Einkommensbedingungen nur möglich, wenn auch Arbeitslosigkeit und andere nicht voraussehbare Belastungen verhindert werden könnten. Dies hindert aber nicht, die Überschuldungsfälle zu minimieren und in den verbleibenden Fällen in ihren Auswirkungen sozial zu mildern.

Die Kreditgeber können, da sie statistisch die Überschuldungsfaktoren kennen und in Werbung, Angebot, Kündigungsverhalten und vorhandenen Anpassungsmechanismen beeinflussen, an dieser Aufgabe besonders mitwirken. Verbraucherbildung kann überhöhte Kreditaufnahmen eindämmen, zur Einwirkung auf Anbieter befähigen („exit“ und „voice“) und vor allem ein weniger selbstschädigendes Verhalten in der Krisensituation selber ermöglichen. Staat, Arbeitgeber und Versicherer können die Verstetigung des Einkommens sowie die Vorsorge für Ausgabenrisiken befördern.

7. Banken haben eine Mitverantwortung. Werbung und Informationen bei Kreditabschluss können transparenter, verständlicher und stärker auf die Folgen der Überschuldung bezogen werden.

Überteuerte Notkredite und Umschuldungskonstruktionen lassen sich gesetzlich einschränken.

Kreditgebern kann zur sorgfältigeren Risikoprüfung das Ausfallrisiko und seine Folgen vollständig zugeordnet werden.

Den 1% aller Kreditnehmer (13% der Überschuldeten), die „zu viel“ Kredit aufnehmen, kann entsprechende Erziehung zur Sparsamkeit helfen.

Liquiditätsfolgen können in Werbung und Vertragsanbahnung transparenter gestaltet werden (Pflicht zur beispielhaften Kostenangabe, zur Darstellung eines konkreten Liquiditätsplanes mit Bezug auf das erwartete Einkommen).

Bei Produkten, bei denen die Kreditwürdigkeitsprüfung abgeschafft und die Verantwortung beim Verbraucher selber liegt, können besondere Gefahrtragungsregelungen den Vertrieb eindämmen.

Kredite in unfreiwilligen Situationen (Haustürkredite, Überrumpelungskredite) können verboten werden.

8. Im Störungsfall können unnötige Kündigungen eingeschränkt und geeignete Anpassungsmechanismen bereitgestellt werden, die die Not nicht ausnutzen.

Kündigungsschutz bei Störungen, die noch keine Überschuldung bedeuten, aber durch Kündigung dazu werden würden.

Pflicht zur Bereitstellung von Kreditanpassungsmechanismen, die temporäre Liquiditätsengpässe ohne Zusatzkosten und Schuldenspirale zulassen (Zinsstundung, Tilgungsstreckung, sanfte Umschuldungen).

Angemessene, uneigennützig, objektive und kostengünstige Kreditberatung im Störungsfall durch die Verbraucherzentralen oder Schuldnerberater.

Kostengünstige Gruppenversicherungen für die Krisenfälle.

Bildungsmaßnahmen, die die Wirkungen von Kredit und insbesondere langer Laufzeiten und der Zinsen auf die zukünftige Liquidität verstehbar machen sowie die Möglichkeiten der Nutzung von Insolvenz und Schutzregeln zur Rehabilitation erklären und greifbar machen.

9. Bei endgültiger Überschuldung sind Mechanismen erprobt, die die Wertberichtigung unproduktiver Schulden

ermöglichen und wirtschaftliche Rehabilitation bewirken. Schuldnerberatung spielt hier eine wichtige Rolle.

Anpassung des Verbraucherinsolvenzverfahrens an ein Insolvenzverfahren mit Rehabilitationscharakter.

Begleitung der Rehabilitation durch Lernprozesse, die Multiplikatoren- und Präventivfunktion haben.

Schutz der für die Neuorganisation notwendigen Mittel sowie der persönlichen Integrität des Schuldners.

10. In der Überschuldungsforschung müssen alle Beteiligten zusammenarbeiten - jeder in seiner spezifischen Rolle und Kompetenz.

Überschuldungsforschung ist Aufgabe einer an methodischer Klarheit und objektiver Wahrheit und Sachlichkeit ausgerichteten Wissenschaft. Traditionell hat sich die Soziologie damit beschäftigt. Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften und Psychologie behandeln notwendige Teilmengen.

Überschuldungsforschung kann nicht direkt oder indirekt durch entsprechende Auftragsbedingungen gesteuert von einer Interessengruppe übernommen werden. Anbieter, Gläubiger und ihre Kreditsicherungseinrichtungen, Verbraucherverbände und Schuldnerberatung ebenso wie das staatliche Bildungssystem und die Bankenaufsicht müssen jedoch mit der Wissenschaft hier zusammenarbeiten, um die notwendigen Daten und Erfahrungen beizusteuern und die Implementationsmöglichkeiten der Ergebnisse abzuschätzen.

Interessierte Überschuldungsforschung ohne wissenschaftlichen Anspruch ist verschleierte und damit missbrauchsanfällige Überschuldungspolitik. Sie sollte dann auch den Mut haben auch, als politische Auftragsforschung aufzutreten ■